

freiheit der wissenschaft

online

Berichte

▶	Lieber Leser	Seite	1
▶	Ein Wort zum Start	Seite	2
▶	Aus der Arbeit des Bundes Freiheit der Wissenschaft	Seite	3
▶	Bildungspolitisches Statement von Dr. Brigitte Pötter beim Forum Freiheit in Berlin	Seite	5
▶	„Der Studierbarkeit des Studiums Geltung verschaffen...“ – Bologna aktuell	Seite	7
▶	Leistungsfeindliche Schulstrukturreform in Berlin – Grünen-Attacke auf Kritiker	Seite	8
▶	Das Saarland – ein Zwischenruf	Seite	13

Bücherrevue

▶	Leseempfehlung: Hanns-Gregor Nissing (Hrsg.): Hermann Lübbe	Seite	14
---	---	-------	----

Außerordentliche Mitgliederversammlung am 11. Dezember 2009 in Berlin

Lieber Leser,

wir möchten Ihnen heute mitteilen, daß unserem Bund einschneidende Veränderungen bevorstehen. Seine Arbeit muß in ganz anderer Form weitergeführt werden. Der Grund ist die Finanzlage. Die Vorsitzenden und der Schatzmeister mußten feststellen, daß die Arbeit des BFW in der bisherigen Weise trotz aller erhaltenen Unterstützung im Jahr 2010 nicht fortgesetzt werden kann und auch im zweiten Halbjahr 2009 nicht ausfinanziert ist. Deshalb sind schon 2009 drastische Einsparungen erforderlich. Die Geschäftsstelle in Berlin muß spätestens am Jahresende 2009 geschlossen werden. Schon diese „Septemberrummer“ unserer Zeitschrift kann nicht in gedruckter Form, sondern nur auf der Website veröffentlicht werden – als „web – fdw“ Nr. 1.

Wir wollen aber die Gefährdung des wissenschaftlichen Charakters der Hochschulen durch die fehlgeleiteten Bologna-Reformen und die Gefahren für ein leistungsorientiertes Schulwesen durch gleichmacherische Strukturen auch künftig nicht kritiklos hinnehmen. Grundlage der Weiterarbeit wird diese weiterbestehende und weiterzuentwickelnde Website des BFW im Rahmen einer neuen Vereinsstruktur sein.

Wir wollen neue Formen der Kommunikation verwenden, die jüngeren Interessenten vertrauter sind als die konventionellen. Dafür gibt es eine Reihe von Ideen und Vorschlägen, und wir hoffen sehr, daß sich viele Leser an solchen Überlegungen beteiligen. Alle Anregungen werden gesammelt und allen Interessierten zur Diskussion vorgelegt. Damit wir auch später in Verbindung bleiben können, bitten wir Sie schon jetzt, uns Ihre E-Mail-Adresse mitzuteilen, über unsere E-Mail-Adresse (► bund.freiheit.wissenschaft@t-online.de) oder über unsere Website (Rubrik „Kontakt“, ► <http://www.bund-freiheit-der-wissenschaft.de>). Für weitere Informationen besuchen Sie bitte regelmäßig diese unsere Website. Wir hoffen auch für die künftige Arbeit auf Ihre Anregungen und Unterstützung.

Der Bund Freiheit der Wissenschaft kann sich dann zu seinem 40. Gründungstag am 18. November 2010 in neuer, moderner Gestalt vorstellen.

Ihre

Hans Joachim Geisler Winfried Holzapfel Kurt Reinschke Günter Püttner

Ein Wort der Redaktion zum Start der *web-fdw*

Mit der Erstellung der so genannten „*web-fdw*“ betreten wir Neuland.

Der Aufbau soll der gedruckten Ausgabe von „*freiheit der wissenschaft*“ weitgehend entsprechen. Die Arbeit im Netz bietet zudem Chancen, die es bei der Druckausgabe nicht gab. So kann die „*web-fdw*“ als Zeitschrift in Entwicklung betrachtet werden, d.h. eine begonnene Nummer kann im Laufe des Erscheinungsmonats noch um weitere Artikel ergänzt werden. Auch kann ein schneller Zugriff auf andere Artikel oder Webseiten durch Verweis (Link) hergestellt werden.

Die „*freiheit der wissenschaft*“ wird farbiger. Die Artikel erscheinen als PDF, so daß ein Ausdruck ermöglicht wird, der die Lektüre am Monitor nicht zwingend macht.



Dr. Winfried Holzapfel

Es gilt jetzt, die Vielfalt der neuen Möglichkeiten zu entdecken und sie in geordneter Weise zu nutzen.

Wir bitten um etwas Nachsicht und Geduld, wenn anfangs nicht alles optimal ist. Wir greifen gern Ihre Anregungen auf, wenn sie uns weiterhelfen.

Auf eine gute Entwicklung hofft
mit freundlichen Grüßen

Ihr

Winfried Holzapfel, Redaktion der *web-fdw*

Aus der Arbeit des Bundes Freiheit der Wissenschaft

Mit der Kommission Bildungspolitik des Vorstands der **Jungen Union** Deutschlands traf sich Dr. **Winfried Holzapfel**, Vorsitzender des BFW, am 4. Juli 2009 in Düsseldorf. Der Vorsitzende der Kommission Tom Zeller schrieb nach dem etwa zweistündigen Gedankenaustausch an den Vorstand des BFW: „Dank der spannenden und aufschlußreichen Debatte konnten wir viele Erkenntnisse gewinnen, die uns in unserer Arbeit von Nutzen sein werden“.



JU-Vorsitzender Philipp Mißfelder, MdB

Zur Debatte über den Bologna-Prozeß erklärten der Bundesvorsitzende der Jungen Union, Philipp Mißfelder MdB, und ihr bildungspolitischer Sprecher, Bundesvorstandsmitglied Tom Zeller, in einer Presseerklärung vom 8. Juli 2009 unter anderem:

“In Deutschland zeigen die bisherigen Erfahrungen des Bologna-Prozesses, daß die Umstellung auf die neuen Abschlüsse Bachelor und Master mit Schwierigkeiten verbunden ist. Betroffen sind die Studenten, die Dozenten, aber auch die künftigen Arbeitgeber. Die Studienstruktur sowie die Lehrpläne der gestuften Abschlüsse müssen daher umgehend verbessert werden. Damit würde die Akzeptanz der Hochschulreform steigen.

Die Junge Union fordert, die eigenverantwortliche Studiengestaltung zu stärken. Die Studenten brauchen mehr Freiheiten. Zudem müssen die erbrachten Leistungspunkte europaweit vollständig anerkannt werden, um das Studieren an ausländischen Universitäten zu erleichtern.

Die Korrekturvorschläge zur Anpassung der neuen Studiengänge müssen nun durch die Hochschulgremien eigenverantwortlich umgesetzt werden. Leistungs- und forschungsstarke Universitäten und Hochschulen mit hochqualifizierten Absolventen sind auch in Zukunft die Grundlage unseres Wohlstandes.”

Der BFW beteiligte sich am **Forum Freiheit** mehrerer liberaler Vereinigungen am 17. Juni 2009 in Berlin. Dr. **Brigitte Pötter**, Mitglied des erweiterten Vorstands, hielt ein Referat „Für ein freies Bildungswesen: Ein strategischer Ansatz“ (siehe Seite 5).

Zum sogenannten **Bildungstreik** gab der BFW am 15. Juni 2009 eine Presseerklärung ab: Den Text finden Sie auf unserer Website mit ► [Datum vom 15. 6. 2009](#). Von dieser Erklärung ist nichts zurückzunehmen.

Oberstudiendirektor **Josef Kraus**, Mitglied der erweiterten Vorstands des BFW und seit vielen Jahren Präsident des Deutschen Lehrerverbandes, wurde am 4. August 2009 60 Jahre alt. Er feierte das am 3. September in der Konrad-Adenauer-Stiftung in Berlin mit bildungspolitischen Freunden im Rahmen einer Fachtagung. Nach der Begrüßung und Einführung durch Professor Dr. Jörg-Dieter Gauger (Konrad-Adenauer-Stiftung) und Josef Kraus wurden fünf durchweg sehr interessante Referate gehalten. Über „Empirische Schulforschung aus bildungshistorischer Sicht“ sprach Professor Dr. Heinz-Elmar Tenorth (Humboldt-Universität Berlin), dann Professor Dr. Rainer Lehmann (Humboldt-Universität Berlin) über „Die nationale und internationale Bedeutung empirischer Bildungsforschung“.



Josef Kraus

Nach der Mittagspause folgten weitere drei Vorträge: Professor Dr. Peter Bender (Universität Paderborn), „Problematik der Messinstrumente am Beispiel der jüngeren Schulstudien“, Professor Dr. Manfred Weiss (DIPF Frankfurt/Main), „Beitrag der Bildungsökonomie zur Sicherung der Qualität von Schule“, und Professor Dr. Volker Ladenthin (Universität Bonn), „Empirische Bildungsforschung aus bildungsphilosophischer Sicht“.

Anschließend fand ein Geburtstagsempfang statt, bei dem Bundestagspräsident Prof. Dr. Norbert Lammert seine Gratulation an Josef Kraus mit bemerkenswerten, teilweise sehr humorvoll formulierten Gedanken zur Bildungspolitik verband. Schließlich gratulierten die Vorsitzenden der dem Lehrerverband angehörenden Vereinigungen. Josef Kraus' soeben erschienenen Buch „Ist die Bildung noch zu retten?“ ist auf unserer Website von Willi Eisele besprochen worden, unter dem [Datum vom 29. 9. 2009](#).

Eine Kleine Anfrage im Abgeordnetenhaus von Berlin zu einem Text, den Oberschulrat **Gerhard Schmid**, Regionalbeauftragter des Bundes Freiheit der Wissenschaft für Berlin und Brandenburg, in der Juni-Nummer unserer Zeitschrift „freiheit der wissenschaft“ veröffentlicht hatte, sorgte in Berlin für erheblichen Wirbel in der Presse. Lesen Sie dazu den Artikel auf Seite 8.

Die **Broschüre** mit dem Text des Vortrags, den Professor Dr. **Marius Reiser** bei dem Regionaltreffen Nordrhein-Westfalen des Bundes am 15. Juni 2009 in Düsseldorf gehalten hat (vgl. *fdw* Juni 2009, S. 3) ist wieder lieferbar und kann bei der Geschäftsstelle des BFW bestellt werden. Wegen der Änderung der Organisationsstruktur empfiehlt sich eine elektronische Bestellung über die bekannten Internetadressen der Vorsitzenden oder mit E-Mail an [webmaster](#).

Hans Joachim Geisler

Referat auf dem Forum Freiheit mehrerer liberaler Vereinigungen am 17. Juni 2009 in Berlin

Dr. Brigitte Pötter:

**„Für ein freies Bildungswesen:
Ein strategischer Ansatz“**

Ein erfolgreiches, gutes Bildungswesen, das seinen Zweck erfüllt, erfordert die Einhaltung dreier Grundsätze, nämlich die Freiheit der Wissenschaft, das Prinzip Leistung und die Verantwortung des Einzelnen. Es erfordert Ausbildung mit Bildung, Vielfalt und Eigenverantwortung der Bildungseinrichtungen und Förderung durch den Staat, der für angemessene Finanzierung sorgt und die notwendigen Rahmenbedingungen setzt.



*Dr. Brigitte Pötter ist
Mitglied des erweiterten
Vorstands des BFW*

Die Mängel unseres Bildungssystems sind dadurch entstanden, daß gegen diese Grundsätze seit vielen Jahren immer wieder verstoßen wird. Zur Freiheit gehört Vielfalt - das gilt natürlich auch für Schulen und Hochschulen - , und ebenso fördert Wettbewerb auch hier die Leistungsfähigkeit. Den so verschiedenen jungen Menschen mit ihren unterschiedlichen Begabungen muß ein breit gefächertes Bildungsangebot zu Verfügung stehen. Der Staat hat die Aufgabe, für die Vergleichbarkeit der Abschlüsse zu sorgen – das Stichwort hier ist beispielsweise das Zentralabitur.

Dem entgegen steht die Einführung einer alle gleichmachenden Einheitsschule, die zur Zeit in Berlin betrieben wird, oder gar die Berücksichtigung einer Sozialquote für den Übergang zum Gymnasium und ebenso natürlich die soeben beschlossene Verlosung der begehrten Plätze dort. Daß das ein horrender Blödsinn ist, der unser Land weiter zurückwerfen wird, muß ich hier und heute nicht erläutern.

Die Qualität der Bildung prägt die Zukunftschancen einer Region.

In unserem föderalistischen System haben die Bundesländer die Möglichkeit, durch Ausgestaltung und Finanzierung ihres Bildungswesens als Schwerpunkt ihrer Politik miteinander zu konkurrieren. Gute Schulen sind ein Standortfaktor und Bildungsförderung ist die beste Wirtschaftsförderung. Vernachlässigung der Bildung, das Akzeptieren der Tatsache, daß viele die Schule verlassen, ohne grundlegende Kulturtechniken zu beherrschen, und nach Aussage zahlreicher Betriebe gar nicht mehr ausbildungsfähig sind, gefährdet in hohem Maße nicht nur den Wirtschaftsstandort Deutschland, sondern auch Demokratie und Freiheit.

„Ein Minimum an Wissen kann nicht schädlich sein“ wußte schon der Alte Fritz. In unserer komplexen Welt reicht ein Minimum schon längst nicht mehr aus, um politische und wirtschaftliche Zusammenhänge verstehen zu können. In unser aller Interesse muß sein, daß die Schule außer der Vermittlung von Wissen den individuellen Bildungsprozeß in Gang setzt. Ziel dieses Bildungsprozesses soll der selbständig denkende, mündige, eigenverantwortliche Bürger sein. Er soll Sachverhalte erfassen und einordnen können und sich aus den auf ihn einströmenden Informationen ein fundiertes Urteil bilden. Oder anders ausgedrückt: er soll gegen die so in Mode gekommenen hysterischen Kampagnen immun sein. Er soll den Wert von Freiheit und Demokratie erkennen und sie verteidigen gegen staatliche Regulierung, Erziehung und Beaufsichtigung.

Freiheit heißt auch Verpflichtung zur Selbstbestimmung

Freiheit ist nicht nur das Gegenteil von Gefangenschaft, sondern Freiheit ist auch das Recht, die Möglichkeit *und die Verpflichtung* des Menschen zur Selbstbestimmung und zum Ausdruck seines freien Willens. Junge Menschen müssen sich damit auseinandersetzen, daß jeder zwar nach Freiheit strebt, aber auch nach Sicherheit. Freiheit kann riskant sein, deshalb möchte man sich möglichst gut versichern, gegen Unfall, Krankheit, Arbeitslosigkeit, aber auch gegenüber technischen Risiken, Wirtschaftskrisen und andere Unbill des Lebens. Sie müssen sich klar werden über den Unterschied zwischen der mit Risiko verbundenen Freiheit und der womöglich mit Knechtschaft erkaufte Sicherheit. Sie müssen verstehen, daß ihr Blick auf Staat und Gesellschaft sich auf das Ganze konzentrieren sollte; denn ein demokratisches Gemeinwesen braucht Bürger, die ihr Leben selbst in die Hand nehmen, die persönliches Gewinnstreben und Eigeninteresse zurückstellen, sich in den „Dienst einer Sache“ begeben können und die selbst - als Person - Verantwortung übernehmen.

Zu viele Lehrer scheinen aber nicht diesem Bildungsideal folgen zu wollen oder zu können, entweder, weil sie es selbst nicht kennen gelernt haben, oder weil sie immer noch unter ideologischen Verblendungen leiden und es infolgedessen nicht ertragen können, wenn ihre Schüler andere als die politisch korrekten Gedanken äußern. Schüler sind nicht dumm und erkaufen sich im Zweifelsfall die Anerkennung ihrer Lehrer durch angepaßte Ansichten. Später haben sie u.U. verlernt, sich der Mehrheitsmeinung zu widersetzen. Auch das nunmehr stark verschulte Bachelor- und Masterstudium führt nach den bisherigen Erfahrungen weniger zur geistigen Entfaltung als vielmehr zu sturem Pauken.

Erfülltes Leben ist an Werten orientiert

Elternhaus und Schule haben ihre Aufgabe erfüllt, wenn junge Menschen erkennen, daß ein erfülltes, glückliches Leben sich über den beruflichen und finanziellen Erfolg hinaus an nicht zur Disposition stehenden moralischen Werten orientiert. Wir brauchen wieder die religiösen, ethischen und moralischen Wurzeln, die für die Entwicklung Europas von höchster Bedeutung waren. Tugenden, die schon in der Vergangenheit dazu beigetragen haben, krisenhafte Zeiten zu überwinden, sind sicherlich Aufrichtigkeit, Toleranz, Achtung der Tradition, altruistisches Pflichtbewußtsein, Selbstdisziplin und nicht zuletzt der Mut zur Zukunft. Wenn es den am Bildungswesen beteiligten Personen gelingt, daß ihre Schützlinge - versehen mit der Fähigkeit, ihren eigenen Verstand zu gebrauchen - voller Zuversicht hinaus ins Leben, in die Freiheit streben, müssen wir uns um die Zukunft unserer Gesellschaft keine Sorgen machen.

Und der strategische Ansatz, der im Titel dieses Beitrages genannt wird? Der liegt darin, daß jeder an seinem Platz nach der Methode „Steter Tropfen höhlt den Stein“ bei jeder sich bietenden Gelegenheit den Wert der Freiheit diskutiert und auf die Kraft der besseren Argumente setzt.

„Der Studierbarkeit des Studiums Geltung verschaffen.....“**Der Berg kreite und gebar eine Krake**

Am 15. Oktober 2009 stand die „Weiterentwicklung des Bologna- Prozesses auf dem Programm der 327. Plenarsitzung der Kultusministerkonferenz im schönen Waren an der Mritz.

Im Vorfeld hatte der Deutsche Hochschulverband am 13. Oktober 2009 eine kritische Stellungnahme zur Entwicklung des Bologna-Prozesses in Deutschland herausgegeben und gefordert, „massiv gegenzusteuern“, da der Bologna-Prozeß seine Ziele deutlich verfehlt habe.

Die vollständige Erklärung des DHV findet man unter:

► <http://www.hochschulverband.de/cms1/pressemitteilung+M5fe01a94d4b.html>.

In ihrem Beschluß vom 15. Oktober 2009 konstatiert die KMK eine „nicht unerhebliche Skepsis in Teilen der akademischen Öffentlichkeit hinsichtlich des Bologna-Prozesses“.

Mit ihren Beschlüssen geht die KMK auf viele Kritikpunkte ein und will durch eine Reihe von Änderungen „die Weiterentwicklung des Bologna-Prozesses gemeinsam mit den Hochschulen vorantreiben“.

Wenn es allerdings in Punkt 4 heißt:

„Die Länder erwarten vom Akkreditierungsrat und den Akkreditierungsagenturen, dass sie bei der (Re-)Akkreditierung von Studiengängen der Studierbarkeit des Studiums Geltung verschaffen, und zwar im Hinblick auf die Studieninhalte, die Studiendauer und das Verhältnis von Pflicht-, Wahlpflicht- und Wahlveranstaltungen. Auch die Modulgestaltung und Kompetenzorientierung sowie die „Employability“ sind im Zuge anstehender

(Re-)Akkreditierungen verstärkt einer kritischen Prüfung zu unterziehen. Jedes Studienprogramm muss auch daraufhin geprüft werden, ob die den Studierenden zu vermittelnden Kompetenzen sinnvoll definiert sind, der Studiengang für die Studierenden in zeitlicher Hinsicht studierbar ist, der Prüfungsumfang angemessen ist und die Ziele des Studiengangs tatsächlich erreicht werden“,

kann einem angst und bange werden; denn man muß schlußfolgern, daß dies alles im argen liegt. Auch die anderen Punkte erhalten so viele nderungsverpflichtungen, daß für die bisher erfolgte und real existierende Umsetzung des Bologna-Prozesses das Prädikat „mangelhaft“ wohl noch schmeichelhaft ist.

Liest man die Beschlüsse, so ist man geneigt zu sagen: Der Bologna-Prozeß ist eine Hydra, der immer weitere Köpfe wachsen. Das hat auch die KMK zu verantworten.

Die antike Hydra war aber ein Ungeheuer, das zu aller Segen von Herakles und Iolaos *getötet* wurde.

Der KMK - Beschluß im Wortlaut:

► <http://www.kmk.org/presse-und-aktuelles/meldung/weiterentwicklung-des-bologna-prozesses.html>.

Winfried Holzapfel

Leistungsfeindliche Schulstrukturreform in Berlin

Über die Pläne des von SPD und der Linken getragenen Senats von Berlin, eine neue Schulstruktur durchzusetzen, hat der Bund Freiheit der Wissenschaft in der Zeitschrift „freiheit der wissenschaft“ laufend berichtet. In der letzten Nummer (Juni 2009, S. 15) legte Oberschulrat **Gerhard Schmid**, Regionalbeauftragter des Bundes Freiheit der Wissenschaft für Berlin und Brandenburg, unter der Überschrift „Durch Leistung dem Land eine Zukunft geben“ eine **Alternative für ein konsequent leistungsbezogenes Schulsystem in Berlin** vor. Dort heißt es "Mit so einem leistungsbezogenen Schulsystem wäre eine durchgreifende Verbesserung der schulischen Ergebnisse in Berlin zu erreichen, um unseren Kindern, unserer Jugend und damit unserem Land wirklich eine Zukunft zu geben – und nicht mit ideologisch begründeter Gleichmacherei oder mit Reformstückwerken." Allen Berliner Schulen wurde diese Erklärung per E-Mail zugänglich gemacht. Der Text ist unten noch einmal nachzulesen.

Der Senat mußte die endgültige Beschlußfassung zwar mehrmals verschieben, blieb aber stur bei seiner Grundlinie. Der Senator für Bildung, Wissenschaft und Forschung, Professor Jürgen Zöllner, bezeichnete diese Schulstrukturreform sogar als alternativlos (Rundschreiben 11. Juli 2009 an alle Schulleiter und Lehrer in Berlin). Jede Diskussion sollte abgewürgt werden.

Grünenabgeordneter attackiert Schmid

Man hätte erwarten können, daß die Opposition im Berliner Abgeordnetenhaus dieses Projekt kritisch unter die Lupe nehmen würde. Das Gegenteil war - jedenfalls bei den Grünen - der Fall. Am 13. August gab **Özcan Mutlu**, Abgeordneter der Grünen, eine Pressemitteilung heraus: „Senator Zöllner muss untragbaren Oberschulrat zurückziehen“. In dem polemischen, auf Sachargumente überhaupt nicht eingehenden Text heißt es: „Oberschulrat Gerhard Schmid wertet die Schulstrukturreform als ‚linkes Bildungsexperiment‘ ab. Schmid verantwortet die Schulentwicklung in Friedrichshain-Kreuzberg und sollte konstruktivere bildungspolitische Vorschläge machen, als nur nach Selektion und Sanktionen zu rufen. Mit seinen verstaubten Forderungen disqualifiziert er sich selbst, u.a. wenn er die Ausweitung der grundständigen Gymnasien fordert (zusätzlich auch Realschulen ab der 5. Klasse) und Kinder mit Migrationshintergrund sowie aus bildungsfernen Familien nur nach einem Test auf das Gymnasium lassen will und Sanktionen bei Minderleistung verlangt.“

Mutlu fährt fort: „Senator Zöllner muß diesen untragbaren Oberschulrat und Dienststellenleiter der Friedrichshain - Kreuzberger Schulaufsicht zurückziehen. Bündnis 90 / Die Grünen fordern den Bildungssenator auf, ihn im Interesse aller Schulen und der SchülerInnen in eine andere Verwaltungsdienststelle zu versetzen. Wer derartig restriktive Vorstellung von Bildungspolitik vertritt und diese öffentlich verkündet, ist für die bildungspolitischen Herausforderungen in einem Bezirk wie Friedrichshain-Kreuzberg ungeeignet. Solche Vorschläge führen zu einer Verstärkung der Selektion in den Schulen. Sie sorgen dafür, dass die Schulentwicklung in Friedrichshain-Kreuzberg nicht vorankommt und Kinder mit Migrationshintergrund auf der Strecke bleiben.“

Schmids Erläuterungen in der Presse

Nun berichtete auch die Presse über den Vorschlag von Gerhard Schmid, so der Tagesspiegel am 14. August. Hier präzierte Gerhard Schmid seinen Vorschlag: „’Das Angebot soll vor allem jene Migranten mit großem Potenzial fördern, die auf herkömmlichen Gymnasien keine Chancen haben, das Abitur zu erreichen’, sagte Schmid dem Tagesspiegel. Man müsse in Zeiten, in denen die Hälfte aller jungen Berliner einen Migrationshintergrund besitze und in denen viele Bildungskonzepte gescheitert seien, innovative Ideen zulassen. ‚Wir brauchen für so eine Schule mit leistungsorientierten Schülern auch Lehrer, die den Willen haben, etwas zu bewegen.‘ (...) Dem Tagesspiegel sagte Schmid, er sehe die Begabtgymnasien als Ergänzung, nicht als Alternative zur Schulreform von Senator Zöllner. Schon jetzt werden in Berlin viele Gymnasien in der Innenstadt fast nur von Migranten besucht.“ In der Berliner Zeitung (14. August) heißt es: „CSU-Mitglied Schmid verwies gegenüber der Berliner Zeitung darauf, dass er als Verbandsfunktionär bisher immer seine Meinung sagen dürfen. Im Bezirk arbeitet Schmid bisher reibungslos mit Monika Herrmann, Grünen-Bildungsstadträtin von Friedrichshain-Kreuzberg, zusammen.“] Die taz (15. /16. August) schrieb: „’Schluss mit den linken Bildungsexperimenten! Berlin braucht ein konsequent leistungsbezogenes Schulsystem.’ Diese Forderung des konservativen Bundes Freiheit der Wissenschaft (BFW) sorgt für Aufregung. (...) Einen Widerspruch zwischen seinen als Verbandssprecher gemachten Äußerungen und seinen Aufgaben als Schulrat sieht Schmid nicht. Man müsse in einer Gesellschaft mit mehreren Rollen zurechtkommen, sagte er der taz (...).“ Der Tagesspiegel ging noch einmal (15. August) auf die Auseinandersetzung ein: „Der Vorschlag von Oberschulrat Gerhard Schmid, spezielle Gymnasien für Kinder aus Migrantenfamilien einzurichten, stößt bei Migrantenverbänden und Bildungsexperten auf harsche Kritik. (...) Wie berichtet, hat Gerhard Schmid (...) in seiner Funktion als Regionalbeauftragter des konservativen ‚Bundes Freiheit der Wissenschaft‘ vorgeschlagen, dass bildungsferne Deutsche und Migrantenkinder nach entsprechenden Aufnahmetests Gymnasien ‚mit besonderer pädagogischer Prägung‘ besuchen sollten. Gerade bei Einwandererfamilien mache der Pädagoge ‚viele spezielle Schwierigkeiten‘ aus: Vor allem türkische und arabische Kinder hätten oft mit ‚emotionalen Hürden‘ zu kämpfen, viele seien ‚sozial abgedriftet‘. Um mehr ‚studienfähige Vorbilder‘ zu schaffen, fehle bisher das richtige Programm. ‚Wir sollten es mal mit etwas Neuem probieren‘, sagte Schmid, der die Schulstrukturreform des Senats in der jüngsten Publikation seines Vereins als ‚linkes Bildungsexperiment‘ kritisiert. Cumali Kangal, Sprecher des Türkischen Bundes Berlin-Brandenburg, bezeichnet Schmids Vorstoß als fatal. ‚Ich kann mir nicht vorstellen, dass Türken in Berlin das nachvollziehen können‘, so Kangal. ‚Wer kann, versucht sein Kind auf eine Schule zu schicken, an der nicht so viele Migrantenkinder sind.‘“

Zusammenhängende Presseerklärung von Gerhard Schmid

Gerhard Schmid antwortete für den Bund Freiheit der Wissenschaft in einer Presseerklärung am 16. August auf den Artikel im Tagesspiegel vom 5. August:

„Die Fragestellung im Artikel verengt krass die Aussagen im Text der Zeitschrift "Freiheit der Wissenschaft" zu "Berliner Schule - die Alternative" - Grundstruktur eines leistungsbezogenen Schulsystems -, zum Schulstrukturreformprogramm der rot-roten Regierungskoalition in Berlin auf die Frage nach Gymnasien für Migranten. Es wird sogar entgegen dem Text behauptet, ich schlage vor, "dass bildungsferne Deutsche und Migrantenkinder Gymnasien mit besonderer pädagogischer Prägung besuchen sollten." Hier wird der tatsächliche Text verfälscht (Richtig: "Begabte Kinder aus Migrantenfamilien bzw. aus bildungsfernen deutschen Familien können nach einem Test in Gymnasien besonderer pädagogischer Prägung übergehen."). Dabei ist aus dem Textzusammenhang unschwer zu erkennen, dass es sich nur noch um die Gruppe begabter Kinder

handeln kann, die u.a. aus sprachlichen Gründen die Aufnahme in das Gymnasium nach der 4. oder der 6. Klasse nicht schaffen konnten.

„Auf keinen Jugendlichen verzichten, der Leistung bringen will“

Wir können in der Bildung auf keinen Jugendlichen verzichten, der Leistung erbringen will! Es geht um die Ausschöpfung aller Bildungsreserven. Mit der falschen Aussage wurden Stellungnahmen von Parteien und Migrantenorganisationen eingeholt und veröffentlicht. Logischerweise mussten diese bei der obigen Fragestellung ablehnend sein. Ich würde mich bei einer solchen, irreführenden Fragestellung auch nur ablehnend äußern können!

Die ebenfalls krass verkürzte Sicht des Herrn Mutlu auf Migranten und gesonderte Gymnasien wurde aufgegriffen und transportiert. Nach Aussagen der Grünen im Bezirk und im Landesvorstand hatte er seine Aktion ohne irgendeine Absprache mit seiner Partei gestartet - und ohne Rücksprache mit mir. Mit der "Alternative" zum sog. Schulstrukturreformprogramm des rot-roten Senats wurde sich redaktionell kaum auseinandergesetzt. Bereits am 25. Mai 2009 hatte ich im Rahmen der u.a. Presseerklärung als Anlage die "Alternative" an den o.a. Adressatenkreis versandt - ohne Echo. (...) Aus den von der Presse eingeholten Äußerungen spricht viel Hilflosigkeit. Keiner hat bisher ein Rezept gefunden gegen die schon fast vier Jahrzehnte andauernden geringen Erfolge, in Berlin Ausländer bzw. Migranten zu höheren Bildungsabschlüssen zu führen. Insofern ist Integration hier überwiegend klar gescheitert.“

„Kleine Anfrage“ Mutlus im Abgeordnetenhaus – Die Antwort der Senatsverwaltung

Der Grünen-Abgeordnete Özcan Mutlu richtete schließlich am 18. August eine „Kleine Anfrage“ im Abgeordnetenhaus von Berlin zu Oberschulrat Gerhard Schmid, Regionalbeauftragter des Bundes Freiheit der Wissenschaft für Berlin und Brandenburg - **Ist Schmid als Oberschulrat tragbar?**“ an die Senatsverwaltung für Bildung, Wissenschaft und Forschung von Berlin, die wir hier mit der Antwort des Senats abdrucken.

Antwort auf die Kleine Anfrage Nr. 16/13 652 vom 18. August 2009. Im Namen des Senats von Berlin beantworte ich Ihre Kleine Anfrage wie folgt:

1. Wie bewertet der Senat die Äußerungen des Friedrichshain - Kreuzberger Oberschulrats Gerhard Schmid zur Schulstrukturreform in der jüngsten Ausgabe der Zeitschrift „Freiheit der Wissenschaften“ (fdw) 02/2009?

Zur Berliner Schulstrukturreform hat sich Herr Schmid in seiner Funktion als Regionalbeauftragter für Berlin und Brandenburg des Bundes Freiheit der Wissenschaft geäußert und nicht als Beamter des Landes Berlin. Herrn Schmid steht insoweit das Grundrecht der freien Meinungsäußerung nach Artikel 5 des Grundgesetzes zu. Dennoch müssen sich Beamte auch außerhalb des Dienstes mit politischen Äußerungen zurückhalten, insbesondere bei Meinungsäußerungen, die das eigene Tätigkeitsfeld betreffen. Die Äußerungen von Herrn Schmid sind als Meinung zu bildungspolitischen Fragen im Rahmen der Publikation eines Verbandes zu werten.

2. Wie bewertet der Senat, dass der Oberschulrat Schmid die geplante Schulstrukturreform als „linkes Bildungsexperiment“ ansieht?

Siehe Antwort zu Frage 1.

3. Wie bewertet der Senat den Vorschlag des Oberschulrats Schmid, die grundständigen Gymnasien (und Realschulen ab 5. Klasse) auszuweiten?

Siehe Antwort zu Frage 1.

4. Wie bewertet der Senat die Forderung des Oberschulrats Schmid, Kinder mit Migrationshintergrund sowie aus bildungsfernen deutschen Familien nur nach einem Test, auf eigens dafür zu schaffende „Gymnasien besonderer pädagogischer Prägung“ zu lassen?

Siehe Antwort zu Frage 1.

5. Wie bewertet der Senat, den Vorschlag Schmid, Sanktionen bei Minderleistungen zu erheben?

Siehe Antwort zu Frage 1.

6. Ist der Senat der Meinung, dass die Vorschläge des Oberschulrats Schmid mit der geplanten Schulstrukturreform zu vereinbaren sind und wenn nein, welche Konsequenzen zieht der Senat daraus?

Siehe Antwort zu Frage 1.

7. Wie unterscheidet sich ein „Gymnasium besonderer pädagogischer Prägung“ von einem herkömmlichen Gymnasium und wie soll verhindert werden, dass am Ende ein Zweiklassen-Gymnasien entsteht?

Ein Gymnasium „besonderer pädagogischer Prägung“ hat wie jede Schule besonderer pädagogischer Prägung ein zusätzliches oder besonderes Lernangebot, das die Schülerinnen und Schüler als Auflage erfüllen müssen (z.B. drei verpflichtende Fremdsprachen, zusätzliche Prüfungsfachauflagen im Abitur) und besondere Aufnahmebedingungen. Die Schulen besonderer pädagogischer Prägung stehen im Rahmen der bestehenden Kapazitäten allen dafür geeigneten Schülerinnen und Schülern offen.

8. Ist der Senat der Meinung, dass ein Dienststellenleiter mit derartigen bildungspolitischen Ansichten gerade in einem sozial benachteiligten Bezirk wie Friedrichshain-Kreuzberg die Schulentwicklung voranbringen und sich für eine gelingende Schulstrukturreform einsetzen kann und wenn nein, welche Konsequenzen zieht der Senat daraus?

In der Region Friedrichshain-Kreuzberg wird wie in anderen Regionen eine erfolgreiche Schulentwicklung geleistet, in deren Rahmen gerade auch Schulen in sozial benachteiligten Gebieten gezielt unterstützt werden. Die bildungspolitischen Ansichten, die Herr Schmid als Regionalbeauftragter für Berlin und Brandenburg des Bundes Freiheit der Wissenschaft geäußert hat, sind davon zu trennen.

9. In Anbetracht dieser konträren Positionen: Sieht der Senat es als angebracht, den Oberschulrat Schmid in andere Aufgabengebiete zu versetzen und jemanden für diese verantwortungsvolle Position einzusetzen, der mit Engagement und Überzeugung die Schulentwicklung und die Umsetzung der Schulstrukturreform im Bezirk Friedrichshain-Kreuzberg vorantreibt?

Der Senat gewährleistet die Umsetzung der Schulstrukturreform auch in Friedrichshain-Kreuzberg. Die Äußerungen von Herrn Schmid als Regionalbeauftragter des Bundes Freiheit der Wissenschaft geben hierzu keine hinreichende Veranlassung.

10. Welche Konsequenzen zieht der Senat insgesamt aus diesem Fall und den Äußerungen des Oberschulrats Schmid, der im Dienste der Senatsschulverwaltung steht und dennoch

derartig restriktive und konträre Vorstellungen von Bildungspolitik in der Öffentlichkeit vertritt?

Zur rechtlichen Einordnung wird auf die Antwort zu Frage 9 verwiesen. Generell ist jeweils im Einzelfall zu prüfen, inwieweit eine Äußerung dem Mäßigungsgebot entspricht. Je nach Abwägung zwischen der Meinungsfreiheit und der beamtenrechtlichen Treue- und Zurückhaltungspflicht sind gegebenenfalls dienstrechtliche Konsequenzen in Erwägung zu ziehen.

Berlin, den 28. August 2009

In Vertretung

Claudia Zinke, Senatsverwaltung für Bildung, Wissenschaft und Forschung

Hans Joachim Geisler

Gerhard Schmid, Oberschulrat in Berlin-Friedrichshain-Kreuzberg, erklärte am 25. 5. 2009 als Regionalbeauftragter des Bundes Freiheit der Wissenschaft für Berlin und Brandenburg:

Berliner Schule – die Alternative: Grundstruktur eines leistungsbezogenen Schulsystems

Ich trete ein für einen konsequent, überzeugend leistungsorientierten Übergang nach der 4. Klasse in die Gymnasien und Realschulen und unter der Voraussetzung, dass dort gymnasial- und realschulbefähigte Schüler mit über 2/3 übergehen, auch in die Gesamtschulen (oder Gemeinschaftsschulen oder Sekundarschulen). Der Übergang wird u.a. abhängig gemacht von Überprüfungsarbeiten vor dem 1.2. jeden Jahres mit externer Aufsicht und Korrektur. Jeweils am 1.2. jeden Jahres steht fest, welcher Schüler wohin kann. Die Lehrerversorgung mit verbeamteten Lehrkräften kann dann rechtzeitig gesichert werden.

Zwei Jahre vor Eintritt in die Grundschule werden die Schüler vor allem auch mit ihren Sprachkenntnissen getestet, nachdem die Kitas bereits kontrolliert (Einrichtung einer Kita-Aufsicht, auch über die in freier Trägerschaft) intensiv Sprachförderung betrieben haben. Wer hier Förderbedarf hat, muss vor Schuleintritt mindestens eine einjährige Vorschule besuchen. Nach Schuleintritt bei so geringen Deutschkenntnissen, dass eine Alphabetisierung noch nicht erfolgreich durchgeführt werden kann, wird das 1. Schuljahr in Form einer Sprachlernklasse absolviert.

Die sechsjährige Grundschule wird in den 5. und 6. Klassen überzeugend für die Förderung ausgebaut, so dass potentiell fähige Schüler noch zur 7. Klasse in die Realschulen und Gymnasien übergehen können. Die anderen gehen an die Haupt- und Gesamtschulen mit konsequenter beruflicher und praktischer Orientierung mit den entsprechenden Lehrplänen. Begabte Kinder aus Migrantenfamilien bzw. aus bildungsfernen deutschen Familien können nach einem Test in Gymnasien besonderer pädagogischer Prägung übergehen. Diese Schüler erhalten in Deutsch und im Fachunterricht in der 7. Klasse eine besondere Förderung und können die 7. Klasse ohne Anrechnung auf ihre persönlichen Schulbesuchsjahre wiederholen oder müssen bei weiterer Nichteignung nach entsprechenden Tests zur Realschule, Gesamtschule oder Hauptschule wechseln.

Schon ab den 3. Klassen werden an den Grundschulen besonders leistungs- und interessenbezogene Klassen nach Abschluss der Alphabetisierung mit Förderung von leistungsschwachen, leistungsstarken und normal befähigten Schülern eingerichtet.

Die Schulleiter- und Lehrerleistungen werden von einer entsprechend befähigten Schulaufsicht - auch hier müsste sich viel ändern - gesichert einer besonderen Beobachtung unterworfen bezüglich ihrer Unterrichts- und Erziehungsqualität (und Verwaltungs- und Führungsbefähigung) mit eventuellen Sanktionen bei Minderleistung. Technische Kräfte und Verwaltungspersonal, wie Schulsekretärinnen und Hausmeistermitarbeiter, entlasten das pädagogische Personal. Jugendhilfe und Schulpsychologie wird mit ihrem Personal überwiegend an den Schulen angesiedelt und dort eingesetzt und residieren nicht in Verwaltungsgebäuden.

Mit dieser Schulreform wäre eine durchgreifende Verbesserung der schulischen Ergebnisse in Berlin zu erreichen, um unserer Kindern, unserer Jugend und damit unserem Land wirklich eine Zukunft zu geben – und nicht mit ideologisch begründeter Gleichmacherei oder mit Reformstückwerken.

Kontakt: Gerhard Schmid, mobil 0170 - 815 78 65
Bund Freiheit der Wissenschaft
Oberschulrat Gerhard Schmid
Regionalbeauftragter Berlin-Brandenburg
Kontakt: ger-schmid@web.de

Das Saarland – ein Zwischenruf

Nach den Landtagswahlen wollen an der Saar CDU, FDP und Grüne eine Regierung bilden. Zeitungsberichten zufolge sollen die Grünen, die drei Landtagsabgeordnete haben, zwei Ministerien erhalten, das Umwelt- und das Kultusministerium.

Mit atemberaubender Geschwindigkeit hat sich inzwischen die CDU von ihren bisherigen bildungspolitischen Positionen verabschiedet. Einen größeren Offenbarungseid in punkto Rückgratlosigkeit kann es kaum geben: Eine verlängerte gemeinsame Grundschulzeit soll eingeführt, die Studiengebühren sollen abgeschafft werden. Die gerade neu geordnete Bildungslandschaft wird zum Tummelplatz grüner Experimente.

Schon warnen Philologenverband und Elternvertreter vor den Folgen, wie ein Auszug aus der „Saarbrücker Zeitung“ vom 17. Oktober 09 belegt:

„Nachdem die Jamaika-Koalitionsparteien einschneidende Maßnahmen im Bereich des Gymnasiums planen, appelliert die Landeselternvertretung der Gymnasien im Saarland (LEV), an die künftige Regierung vorrangig eine inhaltliche und methodische Verbesserung des Unterrichts anzustreben. LEV-Vorsitzender Joachim Klesen weist darauf hin, dass nach der Einführung von G8 eine Überarbeitung der Lehrpläne dringend ist, ebenso wie eine Verbesserung der Unterrichtsgestaltung. Nochmalige grundlegende Strukturänderungen würden dagegen nur zum Nachteil der jetzigen Schüler ablaufen, so Klesen.

„Mit völligem Unverständnis und großer Bestürzung“ betrachtet auch der Saarländische Philologenverband (SPhV) die von Bildungsministerin Annegret Kramp-Karrenbauer (CDU) im SZ-Interview dargestellten Vorstellungen über die Entwicklung des Gymnasiums. Es sei nicht nachvollziehbar, so der Vorsitzende des SPhV Klaus Lessel, wie die CDU „binnen 14 Tagen ihre bildungspolitischen Vorstellungen über das Gymnasium skrupellos über Bord werfen kann.“ Das Zugeständnis, eine Verfassungsänderung mitzutragen, um ein „längeres gemeinsames Lernen“ zu

ermöglichen, widerspreche völlig den Aussagen vor der Landtagswahl. Nach Ansicht von Lessel ist eine Schulreform nicht gerechtfertigt. Zudem stünden dafür nicht die erforderlichen finanziellen und personellen Mittel bereit. Die Folgen hätten letztlich die Schüler zu tragen.“

Für die CDU gilt anscheinend: Hauptsache an der Macht bleiben. „Müllers Pittsche“ bleibt Regierungschef, und der Einfluß des großen „Gottseibeius“ Lafontaine wird beschnitten.

Aber warum bleibt einer überhaupt an der Macht, wenn er machen muß, was er nie wollte? Um der Macht willen!

Es kann aber auch sein, daß ihm immer schon egal war, was er machte. Hauptsache, er durfte es tun.

Winfried Holzapfel

Leseempfehlung: „Hermann Lübbe“

Gummersbacher Tagung des BFW 2006 - Hermann Lübbe im Gespräch mit den Vorsitzenden des BFW, Hans Joachim Geisler (Mitte) und Kurt Reinschke (links). Hermann Lübbe sprach damals zum Thema: ► „Correctness. Über Moral als Mittel der Meinungskontrolle“.



Leseempfehlung:

Hanns-Gregor Nissing (Hrsg.):
Hermann Lübbe.
Pragmatische Vernunft nach der
Aufklärung
2009 by WBG, Darmstadt

Hermann Lübbe gehört dem Bund Freiheit der Wissenschaft seit seiner Gründung an. In einem Gespräch mit dem Herausgeber über sein Leben und Werk, das unter der Überschrift „Lebenserfahrung und pragmatische Vernunft“ auf den Seiten 119 bis 142 wiedergegeben ist, erwähnt Hermann Lübbe auch diese Mitgliedschaft.

Gerade für Mitglieder des Bundes Freiheit der Wissenschaft dürfte die Lektüre dieses Buches von großem Reiz sein. Sie können sich so einmal umfassend mit den philosophischen Positionen des Weggefährten vertraut machen.

Man erfährt einiges aus dem Lebens- und Berufsweg Hermann Lübbes. Im Eingangskapitel schreibt er selbst über „Philosophie im 20. Jahrhundert – wie ich sie kennen lernte“ (S. 23 – 46): „Schon in kleinstädtischer Gymnasiastenperspektive erschien die Philosophie als ein Element unserer öffentlichen Kultur von herausgehobenem Rang“. Schnell führt in diesem Kapitel der Gedankengang, unterlegt von den frühen Gymnasiastenerlebnissen, zu Fragen der Rolle von Philosophie im 20. Jahrhundert, zur Frage der „Philosophie als politischer Ideologie“, als

„Wissenschaftsphilosophie“, weiter zur „Philosophie der Lebenswelt“ und über „Politische *common sense*- Philosophie“ zu den Themen „Philosophie als Vergangenheitsvergegenwärtigung“ und „Religionsphilosophie nach der Aufklärung“.

Die Autoren des Bandes beschäftigen sich mit verschiedenen Themen der lübbeschen Philosophie, und schon die Überschriften lassen Vorfreude auf die Texte entstehen: „Geschichtspragmatik. Eine Rekonstruktion der Geschichtsphilosophie Hermann Lübbes“ und „Aktualität und Orientierung oder: Wie man ein vernünftiger Zeitgenosse bleibt. Zu Hermann Lübbes Theorie der Fortschrittsmoderne“ – um nur zwei der vier so genannten „Entfaltungen“ seines Denkens (ab S. 47) zu nennen.

Das Buch schließt mit einer umfangreichen Bibliographie. Hanns-Gregor Nissing nennt sie „Pragmatische Bibliographie Hermann Lübbe 1951 – 2009“ (S. 145 – 174). Hinweise zu den Autoren und Verweise auf deren Schriften runden den Band ab.

Die Herausgabe dieses Werkes wurde durch die Vereinsmitglieder der Wissenschaftlichen Buchgesellschaft ermöglicht.

ISBN 978-3-534-22167-7

Preis für Mitglieder der Wissenschaftlichen Buchgesellschaft: 24,90 Euro - Sonst: 39,90 Euro

Winfried Holzapfel

Impressum

freiheit der wissenschaft online (*web-fdw*)

Nr. 1, Oktober 2009

Zeitschrift des Bundes Freiheit der Wissenschaft

Für unaufgefordert eingesandte Beiträge (Manuskripte, Zeichnungen, Fotos etc.) übernimmt der Empfänger keine Haftung.

Abdruck ist mit Quellenangabe gestattet.

Die mit Namen gekennzeichneten Beiträge stellen die persönlich Meinung des Verfassers dar. Sie müssen nicht unbedingt mit der Ansicht von Herausgeber und Redaktion übereinstimmen.

Zuschriften und Stellungnahmen zu Themen und Artikeln dieser Zeitschrift sind willkommen. Wiedergabe und redaktionelle Kürzungen bleiben der Redaktion vorbehalten.

Herausgeber: Bund Freiheit der Wissenschaft

Redaktion: Dr. Winfried Holzapfel

Kontakt: ► [website/webmaster](http://www.bund-freiheit-der-wissenschaft.de)

Internetauftritt: ► <http://www.bund-freiheit-der-wissenschaft.de>

Bankverbindung: Deutsche Bank AG, Bonn (BLZ 38070024), Kto. 0233858

Spenden willkommen